

Die LINKE.LISTE Fraktion		Drucksache Nr. A/16/4472-01	Termin 01.04.2019	Rat der Stadt	
<u>Antragsvorlage</u>				öffentlich	
Termin	Gremium	Vorlage zur*		Ergebnis	Beschluss- kontrolle*
21.03.2019	Finanz- und Personalausschuss	V			
01.04.2019	Rat der Stadt	B			

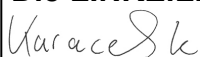
Beratungsgegenstand

Antrag DIE LINKE.LISTE Fraktion
Aussetzung der Straßenausbaubeiträge

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt:

1. Der Vollzug der Satzung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Oberhausen wird bis zu einer Entscheidung des Landtags NRW ausgesetzt.
2. Auf Landesebene soll sich der Oberbürgermeister für eine baldige Änderung der Gesetzesgrundlage zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragspflicht einsetzen.

Vorsitzende/r Die LINKE.LISTE Fraktion  Yusuf Karacelik 26.02.2019	
--	--

Die LINKE.LISTE Fraktion	Drucksache Nr. A/16/4472-01	Termin 01.04.2019	Rat der Stadt
---	--	--	----------------------

1 **Begründung / Sachdarstellung**

2

3 Bei der Erneuerung von Straßen, die über die Sanierung hinausgeht, sind von den Anliegern
4 Straßenausbaubeiträge zu entrichten. Für die Anwohner fallen zum Teil Beträge in fünfstelliger Höhe
5 an.

6 Die Straßenausbaubeiträge im Rahmen der KAG (Kommunalabgabengesetz) sind intransparent,
7 ungerecht und großes Ärgernis für Wohneigentümer*innen.

8 Kein*e Grundstückskäufer*in kann wissen, ob, wann und in welcher Höhe er/sie zur Finanzierung der
9 angebundenen Straße herangezogen wird. Die Gebühren (oft im vier- und manchmal fünfstelligen
10 Stellenwert) kommen zumeist völlig unvermittelt auf die Eigentümer*innen zu.

11 Da sich die CDU- und SPD Fraktionen im Landtag positiv zur Aufhebung der Beiträge geäußert haben,
12 sollten jetzt konkrete Schritte unternommen und die Gebührenerhebung bis zur Entscheidung im
13 Landtag ausgesetzt werden.